

SOZIALVERBAND

**VdK**

DEUTSCHLAND



**Statement**

**von**

**Ulrike Mascher**

**Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland**

**Pressekonferenz zum**

**Auftakt der bundesweiten VdK-Aktion „Soziale Spaltung stoppen!“**

**am 5. Juli 2017 in Berlin**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Sozialverband VdK startet heute offiziell seine bundesweite Aktion zur Bundestagswahl. Wir wollen damit ein deutliches Zeichen setzen – für soziale Gerechtigkeit und für einen entschlossenen Kampf gegen Armut. So erfreulich die gute Konjunktur und die hohe Beschäftigung sind – es besteht überhaupt kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Denn von der guten Wirtschaftsentwicklung profitieren längst nicht alle Menschen – Rentnerinnen und Rentner mit geringem Einkommen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose, chronisch Kranke sowie Menschen mit Behinderung werden immer mehr abgehängt. Es ist kein nennenswerter Rückgang der Armutsquote zu verzeichnen. Über 16 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Der Bildungserfolg hängt in kaum einem europäischen Land so stark von der familiären Herkunft ab wie in Deutschland. Es ist höchste Zeit, dass die Politik dieser Entwicklung aktiv entgegensteuert, denn extreme soziale Ungleichheit gefährdet die gesamte gesellschaftliche Balance. Die Hände in den Schoß zu legen, wäre unverantwortlich.

Meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen nun einen kleinen Überblick über die Schwerpunkte der VdK-Aktion zur Bundestagswahl geben. Wir haben diese auch in einem VdK-Forderungskatalog zusammengefasst, der den Unterlagen beigelegt ist.

Seit der letzten Bundestagswahl konnten vor allem auch Dank des Sozialverbands VdK einige wichtige sozialpolitische Weichen gestellt werden: von der Anhebung der Mütterrente über Fortschritte bei der

Erwerbsminderungsrente, in der Krankenversicherung und Pflege bis zum Mindestlohn. Trotzdem warten noch etliche Baustellen. Daher ist unser Motto der Aktion „Soziale Spaltung stoppen!“ ein Signal für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik. Wir haben zu den Themen Rente, Gesundheit, Pflege, Behinderung und Armut Kernforderungen aufgestellt und Vorschläge zur Finanzierung einer solidarischen Sozialpolitik gemacht. Überall in Deutschland werden vom Sozialverband VdK bereits seit einigen Wochen Aktionen organisiert. In der heißen Phase folgen nun Großveranstaltungen, Messen, Gesundheitstage oder Stadtfeste, die genutzt werden, um unsere Forderungen in die Fläche zu tragen. Viele Orts- und Kreisverbände organisieren Veranstaltungen, zu denen die Kandidaten des Wahlkreises eingeladen sind.

Als Plakatmotiv haben wir das Bild der zunehmenden sozialen Spaltung gewählt. Denn die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland immer weiter. Die Mittelschicht schrumpft, die Einkommen und Vermögen der Reichsten wachsen weiter, während Rentnerinnen und Rentner, aber auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien immer mehr abgehängt werden. Umverteilung durch gerechte Steuerpolitik würde notwendige Investitionen, etwa für gute Bildung, die Bekämpfung von Armut, eine barrierefreie Infrastruktur und Renten, die zum Leben reichen, ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die aktuellen Zahlen sprechen für sich: Knapp acht Millionen Menschen, also fast jeder Zehnte, sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts auf finanzielle Unterstützung für ihren Lebensunterhalt angewiesen. Demnach erhalten 6,1 Millionen Menschen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“), darunter knapp 1,8 Millionen Kinder. Bei fast 1,2 Millionen der

erwachsenen Arbeitslosengeld-II-Bezieher handelt es sich um „Aufstocker“, also Arbeitnehmer, die von ihrem geringen Einkommen nicht leben können. Außerdem beziehen etwa eine Million Menschen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Und immer mehr Menschen verschulden sich, weil ihr Erwerbseinkommen einfach nicht zum Leben reicht.

Auf der anderen Seite stehen nach einer aktuellen Studie der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam 36 deutsche Milliardäre, die so viel besitzen wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Auch nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verzeichneten die reichsten zehn Prozent im Gegensatz zur Restbevölkerung in den vergangenen Jahren einen deutlichen Vermögenszuwachs und konnten sich noch weiter absetzen. Der Bericht zeigt auch, dass Rentnerinnen und Rentner in manchen Lebensbereichen überproportional belastet sind. 35 Prozent des Einkommens, und damit 14 Prozent mehr als bei der Gesamtbevölkerung, müssen Senioren für Mietkosten aufwenden. Ein Viertel der älteren Mieterinnen und Mieter ist armutsgefährdet. Die rasant steigenden Mietpreise in Großstädten und insgesamt höhere Energiekosten werden aus unserer Sicht diese Entwicklung noch verschärfen.

Meine Damen und Herren,  
vor allem im Bereich der Rentenpolitik gibt es weiterhin genug zu tun. Das macht auch die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zur Entwicklung der Altersarmut bis 2036 erneut deutlich. Die Bundeskanzlerin kann nicht länger ignorieren, dass Altersarmut ein wachsendes und drängendes Problem in Deutschland ist. Bereits jetzt

müssen deshalb wirksame Schritte eingeleitet werden, nicht erst nach 2030.

Es ist zwar begrüßenswert, dass die aktuelle Bundesregierung etwa mit der Ausweitung der Förderung bei den Betriebsrenten und den Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, damit nicht immer mehr Menschen im Alter in die Armutsfalle laufen. Aus unserer Sicht reichen diese Schritte aber bei weitem nicht aus. Denn immer noch bremsen Kürzungsfaktoren und hohe Abschläge die Alterseinkommen spürbar aus. Es darf nicht sein, dass die Rentenbezieher seit Jahren immer mehr abgehängt werden und damit viele Menschen im Alter in die Armutsfalle laufen. Deshalb fordern wir, dass die Talfahrt des Rentenniveaus endlich gestoppt und das Rentenniveau perspektivisch auf 50 Prozent angehoben wird. Die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel müssen abgeschafft werden, damit die Renten wieder parallel zu den Löhnen steigen. Weitere Maßnahmen gegen Altersarmut sind die Abschaffung der Abschläge für Erwerbsminderungsrentner, die vollständige Angleichung der Mütterrenten, ein Freibetrag für Grundsicherungsbezieher und höhere Renten für Bezieher von Niedrigeinkommen.

Von der zukünftigen Gesundheitspolitik erwarten wir eine zügige Entlastung der Versicherten. Konkret müssen die einseitigen Belastungen der Versicherten, insbesondere durch Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, abgeschafft und die gesetzliche Krankenversicherung wieder solidarisch finanziert werden. Denn zurzeit werden alle Kostensteigerungen alleine von den Arbeitnehmern und Rentnern über den Zusatzbeitrag finanziert.

In der Pflegepolitik gibt es auch dank unseres Einsatzes zwar viele Fortschritte. Doch es gilt, auch nach den eingeleiteten Reformen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und das Pflegepersonal weitere Verbesserungen durchzusetzen. Ziel der Pflegepolitik in der nächsten Legislaturperiode muss es sein, pflegende Angehörige vor allem finanziell, zeitlich und organisatorisch zu unterstützen. Notwendig ist etwa die rentenrechtliche Gleichstellung von Familienpflege- und Kindererziehungszeiten. Auch sind weitere Anstrengungen nötig, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern. Zudem ist eine jährliche automatische Anpassung der Pflegeversicherungsleistungen an die Kostensteigerungen in der Pflege notwendig, damit nicht immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und es müssen endlich die Entlastungsangebote für pflegende Angehörige weiter ausgebaut und ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten geschaffen werden. Denn pflegende Angehörige brauchen wohnortnahe Anlaufstellen, die schnell Auskunft über Unterstützungsangebote, Hilfen und Entlastungsmöglichkeiten geben.

Auch in Sachen Inklusion fehlen noch wichtige Bausteine für das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich die Bundesrepublik zwar verpflichtet, die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen. Doch noch immer ist Millionen von Menschen die Teilhabe verwehrt. Das betrifft nicht nur die Barrierefreiheit, sondern auch den Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt. Hier muss die Politik mehr Gas geben.

Meine Damen und Herren, zu Beginn habe ich schon auf die wachsende soziale Spaltung hingewiesen. Und obwohl die Bundesregierung in ihrem Reichtums- und Armutsbericht eine verfestigte Ungleichheit feststellt, bleibt sie konkrete Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut schuldig. Dies ist ein völlig falsches Signal. Der wichtigste Schlüssel zur Bekämpfung von Altersarmut liegt aus unserer Sicht im Erwerbsleben. Gute Arbeit und faire Löhne sorgen dafür, Altersarmut zu vermeiden. Eine neu ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik kann daher das soziale Abrutschen von immer mehr Bevölkerungsgruppen stoppen. Minijobs sowie Zeit- und Leiharbeit müssen eingedämmt werden. Der Mindestlohn muss soweit angehoben werden, dass Beschäftigte in Vollzeit eine angemessene Alterssicherung über dem Grundsicherungsniveau aufbauen können. Denn viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet derzeit für einen Stundenlohn von unter zehn Euro. 40 Prozent der Beschäftigten haben geringere Reallöhne als in den 90er Jahren. Nur die oberen Einkommensgruppen können Einkommenszuwächse verzeichnen. Das ist sozial ungerecht. Der Sozialverband VdK begrüßt deshalb, dass sich die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles das Ziel gesetzt hat, mit einem ‚Pakt für anständige Löhne‘ der wachsenden Einkommensungleichheit entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, unsere Forderungen sind nicht utopisch, sie sind notwendig und bezahlbar. Soziale Balance schafft inneren Frieden und muss durch eine sozial gerechte Steuerpolitik finanziert werden. Dazu gehören höhere Spitzensteuersätze, die Einführung einer Vermögensteuer und Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer in zeitgemäßer Form sowie eine Reform der Erbschaftsteuer.

Meine Damen und Herren,  
der Sozialverband VdK hat über 1,8 Millionen Mitglieder, die zugleich  
Wählerinnen und Wähler sind. Und deren Interessen haben wir im Blick,  
wenn wir die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten in den  
kommenden Wochen und Monaten zur sozialen Gerechtigkeit befragen.

Für Ihre Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit